



AK Grüne MuslimInnen Jahnstraße 52, 40512 Düsseldorf

c/o Landesgeschäftsstelle
Bündnis 90/Die Grünen
Jahnstr. 52
40215 Düsseldorf
Web: www.gruene-muslime.de
E-Mail: kontakt@gruene-muslime.de

Hasret Karacuban hasret@gruene-muslime.de
Ali Bas ali@gruene-muslime.de
Hatice Bercin hatice@gruene-muslime.de
Samir Fetic samir@gruene-muslime.de

Düsseldorf, Januar 2009

Stellungnahme zum Gaza Krieg

Der Arbeitskreis Grüne MuslimInnen schließt sich der unten stehenden Stellungnahme der Landesvorsitzenden der Grünen NRW Daniela Schneckenburger zum Krieg im Gaza Streifen an und appelliert an alle friedliebenden Menschen, gerade in dieser Zeit der Krise von antisemitischen, islamfeindlichen und anderen menschenfeindlichen und generalisierenden Aussagen, Haltungen und Handlungen entschieden Abstand zu nehmen und sich besonnen, sachlich und gezielt für den Frieden im Nahen Osten einzusetzen.

Wir unterstützen die UN-Resolution 1860 vom 8. Januar 2009 und fordern dessen sofortige Umsetzung.

Zum Krieg im Gaza-Streifen und der in Dortmund stattfindenden Friedenskundgebung der palästinensischen Gemeinde erklärt Daniela Schneckenburger, Landesvorsitzende der GRÜNEN NRW:

"Mit großer, wachsender Sorge sehen wir den Gaza-Krieg und seine Eskalation in diesen Tagen. Die anhaltenden Kämpfe fordern immer mehr zivile Opfer, insbesondere auf Seiten der Palästinenser, darunter viele Frauen und Kinder. Die humanitäre Lage in Gaza ist katastrophal, die Lage der Menschen vor Ort verzweifelt. Zivilisten dürfen auf keiner Seite zu Geiseln des ungelösten Nahostkonfliktes gemacht werden.

Als Grüne sind wir der festen Überzeugung, dass der Nahostkonflikt nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden kann. Aus dem Leid der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten des Konfliktes wird neuer Hass entstehen.

Darum fordern wir Israel und die Hamas auf, die Kampfhandlungen sofort zu beenden, den Raketenbeschuss und Waffenschmuggel einzustellen und

einen dauerhaften Waffenstillstand zu vereinbaren. Die humanitäre Versorgung der leidenden Zivilbevölkerung durch internationale Hilfsorganisationen muss uneingeschränkt zugelassen werden, Gaza wie auch die anderen Palästinensergebiete brauchen dauerhafte Bemühungen um eine Linderung der Armut und einen Aufbau einer funktionsfähigen Infrastruktur, die Basis eines funktionsfähigen Staates ist.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die tschechische EU-Ratspräsidentschaft bei ihrem Bemühen um ein Ende der Kämpfe mit allen Mitteln zu unterstützen."